Presseinformation – 955/11/2016

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Ein starkes Standbein der Integration vor Ort

Vier Jahre Kommunale Integrationszentren in NRW – Wissenschaftliche Begleitforschung bestätigt den Erfolg

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und das Ministerium für Schule und Weiterbildung teilen mit:

Sie organisieren und koordinieren die Integration von zugewanderten Menschen in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens: Die Kommunalen Integrationszentren unterstützen Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, bringen Migrantinnen und Migranten sowie Arbeitgeber zusammen, damit die Integration in Ausbildung und Arbeit gelingt, und sie kümmern sich darum, dass Kinder mit Migrationshintergrund gleiche Chancen in Schule und Bildung haben. Vier Jahre nach Einrichtung der ersten Kommunalen Integrationszentren hat Integrationsminister Rainer Schmeltzer den Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung vorgelegt.

„Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestätigen uns, dass die Kommunalen Integrationszentren ein starkes Standbein der planvollen Integration vor Ort geworden sind“, sagte Schmeltzer zur Vorlage des Berichts. „Gerade im Zuge der hohen Flüchtlingszuwanderung haben die Zentren eine zentrale Funktion in der kommunalen Integrationsarbeit eingenommen und ihre Leistungsfähigkeit erwiesen. So haben sie mit hoher Kompetenz und starkem Engagement die Umsetzung von Landesprogrammen wie KOMM-AN NRW vorangetrieben, mit dem die Arbeit von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern in der Flüchtlingshilfe unterstützt und begleitet wird.“

Schulministerin Sylvia Löhrmann ergänzte: „Die Aufnahme der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen in den Schulen hat alle Beteiligten vor große Herausforderungen gestellt. Jetzt gilt es, die Integration der neuen Schülerinnen und Schüler weiter zügig und systematisch voranzubringen. Die Arbeit der kommunalen Integrationszentren ist hierbei

unverzichtbar. Sie tragen mit ihrem Angebot maßgeblich zu einer umfassenden interkulturellen Unterrichts- und Schulentwicklung vor Ort bei."

Die Kommunalen Integrationszentren haben darüber hinaus zu einer engeren Zusammenarbeit und Vernetzung der örtlichen Akteure in der Integrationsarbeit beigetragen – sowohl der kommunalen Einrichtungen untereinander, als auch zu einer engeren Zusammenarbeit mit nichtkommunalen Akteuren wie Wohlfahrtsverbänden und Bürgerinitiativen.

Unterstrichen werden die positiven Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung auch durch die gute Resonanz in den Kommunen. So hat mit dem Kreis Viersen kürzlich der vorletzte nordrhein-westfälische Landkreis die grundsätzliche Entscheidung für die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums getroffen. „Was mich besonders freut", so Minister Schmeltzer, „ist die Tatsache, dass viele Kreise und kreisfreie Städte zusätzlich zu der Landesförderung eigene Mittel in ihre Integrationszentren investieren, um das Personal weiter aufzustocken."

Die bundesweit einmalige Infrastruktur der Kommunalen Integrationszentren hat ihre gesetzliche Basis im nordrhein-westfälischen Teilhabe- und Integrationsgesetz aus dem Jahre 2012. „Andere Bundesländer beneiden uns darum", so Schmeltzer. Das Integrationsministerium fördert in jedem Zentrum bis zu 3,5 Personalstellen. Aus dem Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung werden jeweils mindestens zwei Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, damit die erfolgreichen Maßnahmen zu Bildungs- und Förderangeboten sowie zur Fortbildung von pädagogischen Fachkräften weiter etabliert und gestärkt werden können.

Der Abschlussbericht der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster steht zum Download zur Verfügung: www.mais.nrw

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales, Telefon 0211 855-3118 oder an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Weiterbildung Telefon 0211 5867-3505.

Dieser Pressetext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung http://www.land.nrw